

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Ignoranz der Sieger WIRTSCHAFTSBÜCHER Militärinterventionen schaden der liberalen Demokratie

Eines der Themen im amerikanischen Wahlkampf ist der Irak-Krieg. Sollen die Truppen bleiben oder nicht? Während sich der Republikaner und Kriegsveteran John McCain noch als Falke geriert, wirbt der Kandidat der Demokraten, Barack Obama, für einen allmählichen Rückzug. Sein Argument: "Einen unendlichen Krieg zu führen wird die Iraker nicht dazu bringen, Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen. Und einen unendlichen Krieg zu kämpfen wird auch das amerikanische Volk nicht sicherer machen." Dies ist auch der Standpunkt des jungen amerikanischen Ökonomen Christopher Coyne von der West Virginia University. In seinem Buch geht er die große Frage an, ob es überhaupt je gelingen kann, das politische System der liberalen Demokratie mit Waffengewalt in fremde Länder zu tragen. Seine Antwort ist ein klares Nein.

So intuitiv nachvollziehbar dieses Ergebnis ist, so profunde, theoretisch präzise und lehrreich ist Coynes Argumentation. Vermutungen, dass ein missionarisches Anliegen gar nicht hinter dem Irak-Krieg stand, blendet er zugunsten der viel spannenderen systematischen Analyse der Entscheidungssituationen und der Anreize aus, denen eine Besatzungsmacht und eine besetzte Nation typischerweise gegenüberstehen.

Er bedient sich vor allem des Instrumentariums der Theorie der öffentlichen Wahlhandlungen ("Public Choice"), der Institutionenökonomik und der Österreicherischen Schule. Coyne demonstriert das reiche Erklärungspotential dieser Ansätze für Fragen, die außerhalb des angestammten Gebiets der Ökonomie liegen. In der "Public Choice Theory" werden die Akteure in Politik und Verwaltung als ebenso rational, zielgerichtet und anreizgesteuert gesehen wie Marktteilnehmer; politische Entscheidungen werden ebenso als Austauschprozesse verstanden wie Markttransaktionen. Die Institutionenökonomik richtet zudem den Blick auf die formellen und informellen Institutionen, die den Rahmen für das Geschehen auf Märkten aller Art bilden. Die Österreicherische Schule baut auf den Arbeiten Friedrich August von Hayeks auf und widmet sich vor allem den vielfältigen Mechanismen der spontanen gesellschaftlichen Koordination.

Was zu einer liberalen Demokratie gehört, hat sich mittlerweile herumgesprochen - vor allem ist es die Herrschaft des Rechts und der Schutz des Individuums vor Übergriffen Dritter. Coyne fasst die gesellschaftliche Interaktion in einem Land spieltheoretisch als ein "Koordinationsspiel", das bei entsprechenden Institutionen Konfliktlösungen zulässt und das Miteinander ertragreich macht. Doch was braucht ein Land, um solche Lösungen zu finden, um Wohlstand und Sicherheit bringende Institutionen der freiheitlichen Demokratie zu entwickeln und sie in gelebten Verfassungen festzuschreiben? Was, wenn sich hinter jedem Konflikt schon der nächste versteckt? Wie entsteht dann eine solche friedliche und effiziente Kultur mit den dazugehörigen Fähigkeiten, Kenntnissen und Überzeugungen der Bürger?

Hier ist die Ratlosigkeit groß. Das kann auch gar nicht anders sein: Das notwendige gesellschaftliche Wissen wird schließlich erst im sozialen Koordinationsprozess geschaffen; diesen Prozess kann man nicht einfach überspringen. Und weil es dieses grundlegende und unauflösbare Wissensproblem gibt, kann eine Besatzungsmacht, die einem besiegten und besetzten Land eine künstliche Lösung überstülpt, nur Fehler machen.

Darüber hinaus gebe es auch Interessenkonflikte auf Seiten der Besatzer - zwischen der Regierung in der Heimat und dem Besatzungskommando; zwischen der Regierung und den Unternehmen, die sich am Wiederaufbau beteiligen wollten; zwischen Politik und

Verwaltung; gelegentlich auch zwischen Politikern verschiedener Couleur, die im Wahlkampf stünden. Leidtragende seien die Bewohner des besetzten Landes. Die gewaltsame Hinführung eines Volkes zur liberalen Demokratie sei eine Anmaßung und zum Scheitern verurteilt, schreibt Coyne.

Die Zahlen bestätigen diese Herleitung in ernüchternder Weise. Gerade einmal ein Drittel der amerikanischen Interventionen seit Beginn des 20. Jahrhunderts sei in den betreffenden Ländern von einer freiheitlichen Demokratie gefolgt gewesen, berichtet Coyne. Den besonders fatalen Misserfolgen in Somalia und Haiti widmet der Verfasser ein aufschlussreiches Kapitel, bevor er sich den positiven Ausnahmen zuwendet: die Einsätze in Deutschland und in Japan im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch auch hier entzaubert Coyne den Mythos rasch: Diese Gesellschaften hätten ihr grundlegendes "Koordinationspiel" längst gelöst gehabt; sie hätten über effiziente Verhaltensweisen, soziale Regeln, Strukturen, Konventionen und Institutionen verfügt und diese nach dem Zusammenbruch rasch wiederbeleben können. Gerade in Deutschland habe die Gegenwart der Amerikaner nichts Eigenständiges zum Wiederentstehen der freiheitlichen Demokratie beigetragen.

Man mag über Coynes Urteil streiten, dass das "Wissensproblem" immer so schwer wiegt, dass von militärischen Einsätzen mit nachfolgender Besatzung abzusehen ist. In manchen Fällen mögen die Kosten des Nichtstuns noch höher erscheinen. Es ist kaum auszudenken, was in Europa geschehen wäre, wenn die Alliierten Hitler nicht Einhalt geboten hätten. Davon unbeschadet führt Coyne in vorbildlicher Weise vor, wie facettenreich und nützlich die moderne Ökonomie ist. Und Coynes konstruktives Fazit, dass letztlich nicht die Waffe, sondern allein der Freihandel Frieden stiftet, tut in Zeiten allzu billiger Globalisierungskritik auch einmal wieder wohl.

KAREN HORN

Die Verfasserin leitet das Berliner Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Text: F.A.Z., 22.09.2008, Nr. 222 / Seite 12